

Episode 2 – Bin ich eine richtige Sozialdemokratin? (Teil 2)

Herzlichen willkommen zur 2. Episode meines Podcast „Ich plädiere für“. Ich bin Vera Junker und in dieser Folge geht es darum, wie es in meinem Werdegang ab Ende der 90er Jahre weiterging. Die letzte Episode endete mit meiner Tätigkeit im Personalrat der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Berlin.

Vereinigung Berliner Staatsanwälte (VBS)

Im **Jahre 1999** wählten mich die Kolleginnen und Kollegen zur 1. Vorsitzenden der Vereinigung Berliner Staatsanwälte (kurz VBS genannt). Das ist eine berufsständische Vertretung. Hier gab es für mich die Möglichkeit, sowohl auf Verbesserungen im inneren Dienstbetrieb zu dringen als auch rechtspolitische Anliegen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Bevor ich mich der Wahl zur VBS-Vorsitzenden stellte, warnte mich ein Kollege, der früher selbst Vorsitzender gewesen war: *„Liebe Kollegin, wenn Sie dieses Amt anstreben, sollten Sie fachlich unangreifbar sein. Sonst werden Sie, wenn Sie Kritik üben, immer mit der Reaktion rechnen müssen: „Die hat es gerade nötig, die Arbeit hat sie auch nicht gerade erfunden“ oder „die sollte doch erst einmal ihre Arbeit ordentlich machen, bevor sie das große Wort schwingt.“*

Ich habe mir diese Worte zu Herzen genommen, aber meine Arbeit als Staatsanwältin stand ohnehin immer im Mittelpunkt für mich.

Die Presse war von Anfang an interessiert an der Frau an der Spitze der VBS. Das war in der männerdominierten Staatsanwaltschaftslandschaft ungewöhnlich. Viele Medien stürzten sich auf die neue, recht kämpferische Vorsitzende. Mein Vorteil war, dass ich klar aussprach, was im Argen lag. Das lässt sich der Öffentlichkeit wesentlich besser vermitteln als lange verquaste Erklärungen. Es ist ganz wesentlich auch der VBS zu verdanken, dass die schlechten Arbeitsbedingungen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und ihre dauernde Überlastung fest im Bewusstsein der interessierten Bevölkerung verankert wurden. Besser wäre es natürlich, wenn sich die **Zustände** dauerhaft verbessert hätten.

So kümmerte ich mich als VBS-Vorsitzende um die unterschiedlichsten innerdienstlichen und rechtspolitischen Themen, bis ich das Amt im **Jahre 2010** abgab.

Einer der Höhepunkte im negativen Sinne war zweifellos im Jahre 2009 der Umzug der Hauptabteilung Wirtschaft, der ich angehörte, vom Hauptgebäude in der Turmstraße 91 in einen heruntergekommenen Bau in der Turmstraße 22. In dem Gebäude befanden sich Deckenplatten bestehend aus künstlichen Mineralfasern, die als Krebs erregend eingestuft sind. Nachdem dies innerdienstlich bekannt geworden war, ging die VBS mit einer Presseerklärung mit dem Titel „**Staatsanwälte – Laborratten der Justiz**“ an die Öffentlichkeit. Im Ergebnis wurde die Außenstelle in der Turmstraße 22 für einige Tage geschlossen, um bauliche Maßnahmen zur Absicherung der Bediensteten durchzuführen, bevor die Räume wieder bezogen wurden. Mit derartigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen macht man sich natürlich bei Vorgesetzten nicht beliebt. Aber bei allen Fragen des Arbeitsschutzes habe ich noch nie Spaß verstanden, weil es diese Regeln aus guten Gründen gibt, so dass man sich als Arbeitgeber nicht einfach darüber hinwegsetzen darf.

Aber es gab auch **kuriose Momente**: Als ich Ende der 90er Jahre für einige Zeit in einer Abteilung für allgemeine Strafsachen arbeitete, war ich in einer Außenstelle der Staatsanwaltschaft Berlin in einem Containerbau untergebracht. Er war schlecht isoliert, daher im Sommer sehr warm und im Winter sehr kalt. Außerdem fuhr die S-Bahn in unmittelbarer Nähe, so dass man Telefonate und sonstige Gespräche einstellen musste, wenn sie vorbeifuhr – und das war nicht selten. Als sich Ratten als Untermieter einstellten, wurden Köder ausgelegt. Die Ratten fraßen die Köder und verkrochen sich dann unter dem Container, wo sie schließlich verendeten.

Sie können sich bestimmt den Geruch vorstellen, der sich dann insbesondere im Sommer entwickelte. Eines Nachmittags in dieser Zeit saß ich in meinem Dienstzimmer im Erdgeschoss bei offenem Fenster, als ich eine Stimme hörte, die sagte: „*Oh je, junge Frau. Sie tun mir aber leid. Ist das etwa Ihr Büro?*“ Es war ein Strafgefangener, der im offenen Vollzug Gärtnerarbeiten um das Containergebäude herum erledigte. Irgendwie hatte die Situation etwas Absurdes: Die Strafverfolgerin saß in einem lauten, warmen und stinkenden Büro und wurde von einem ihrer „Kunden“ bedauert. Es ist eigentlich unnötig zu erwähnen, dass ich natürlich auch hier noch mit meinem privaten PC, Monitor und Drucker arbeitete.

Nebenprodukt meiner VBS-Tätigkeit war die Möglichkeit, bei der ZDF-Gerichtsshow „**Streit um drei**“, die Strafprozesse nachstellte, mitzuwirken. Meine Aufgabe war es, die Drehbücher darauf hin zu überprüfen, ob sie rechtlich korrekt waren. Mir fiel schon damals auf, dass die Produktionsfirma, die die Serie im Auftrag des ZDF produzierte, mir im Verhältnis zur Leistung deutlich mehr zahlte als der Staat für meine Lehrtätigkeiten an der Fachhochschule bzw. später bei der Ausbildung von Referendaren. Hinzu kommt, dass die Kontrolle der Drehbücher erheblich einfacher war.

SPD-Aktivitäten:

Man könnte sich fragen, was eigentlich in diesen Jahren aus meinen SPD-Aktivitäten wurde. Die Antwort ist einfach: in den ersten Jahren bei der Staatsanwaltschaft und meiner Nebentätigkeit als Lehrbeauftragte blieb mir einfach keine Zeit für die SPD. Um das Pensum zu schaffen, musste ich immer mindestens einen Tag am Wochenende für die Arbeit opfern, manchmal auch beide. Da ich meine Arbeit mochte und sie auch für wichtig hielt, hatte sie Priorität vor der Parteiarbeit. Als wir noch im Wedding wohnten, habe ich einmal Kontakt zu meiner SPD-Abteilung aufgenommen. Der Abteilungsvorsitzende begrüßte mich begeistert mit den Worten: „Wie schön- endlich eine Frau. Weißt Du - ich brauche ein paar Frauen, um meine guten Männer durchzubringen“. Auf diese Abteilung hatte ich dann keine Lust mehr.

Ich begann erst, mich wieder mehr zu engagieren, nachdem wir im **Jahre 1998** nach Berlin-Hermsdorf gezogen waren. Wir waren nach einer zentral gelegenen, aber schrecklich lauten Wohnung in Berlin-Kreuzberg (direkt neben dem Kreuzberg) lärmgeschädigt an den nördlichen Stadtrand Berlins gezogen. Als wir vor der Wohnung in Hermsdorf standen, haben wir darauf geachtet, wie laut man den Straßenverkehr hörte. Wir hörten außer Vogelgezwitscher nichts. Da beschlossen wir: diese Wohnung nehmen wir, wenn sie nur halbwegs ansehnlich ist. Sie war ansehnlich und wir bekamen die Wohnung.

Die SPD-Abteilung in Hermsdorf war gut aufgestellt. Es herrschte eine angenehme Debattenkultur und ein tolerantes Klima. Im Laufe der nächsten etwa 10 Jahre wurde ich stellvertretende Abteilungsvorsitzende, Kreisdelegierte, Landesparteitagsdelegierte, Mitglied im Kreisvorstand Berlin Reinickendorf,

Bürgerdelegierte im Ausschuss für Bürgerdienste und Soziales der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf und war Mitglied im Fachausschuss Inneres und Recht des Landesverbandes Berlin.

Da ich rechts- und innenpolitisch interessiert war, arbeitete ich **ab 1998** auch in der **ASJ Berlin**, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, mit - **ab 2008** dann als ihre Vorsitzende. Auch dem Bundesvorstand der ASJ gehörte ich von **2004 bis 2006** an.

Die letzten Jahre in der Staatsanwaltschaft Berlin

Von 2005 bis 2007 war ich als Mitglied der Ermittlungsgruppe Bankgesellschaft mit der strafrechtlichen Aufarbeitung des Berliner Bankenskandals befasst, einer schweren Bankenkrise im Jahre 2001, die mit dem Zusammenbruch der landeseigenen Bankgesellschaft Berlin endete. Die Masse der Unterlagen, die aufzuarbeiten waren und die Komplexität der Vorgänge erzwangen eine neue Arbeitsform für die beteiligten Staatsanwälte. Sie wurden mit Dienst-Laptops ausgestattet, um auf die gewaltigen Datenmengen, die erfasst wurden, jederzeit zugreifen zu können. Ich selbst habe etwa ein Jahr lang nur noch an **einem** Verfahren und nur noch an zwei Tagen in der Woche in den Räumen der Staatsanwaltschaft gearbeitet.

Den Rest der Zeit war ich in entweder im Datenraum der Polizei oder habe zuhause gearbeitet. Nur hier war gewährleistet, dass es keine Störungen gab. Mit Hilfe von großen Papierübersichten, die ich an unserem Bücherregal befestigte und einer akribischen Datenerfassung arbeitete ich mich durch die Stofffülle und filterte das heraus, was relevant für die Anklage war. Dies war nur möglich mithilfe einer eigenproduzierten Access-Anwendung, die über eine ausgefeilte Suchfunktion verfügte. Mein Vorgesetzter zu jener Zeit nannte sie „**den Rolls Royce**“ unter den Datenbanken.

Nach einigen Monaten war die ca. 760 Seiten starke Anklage fertig. In dem späteren Prozess vor dem Landgericht Berlin gab es dann 13 angeklagte Bankvorstände und Aufsichtsräte mit jeweils zwei (z.T. hochkarätigen) Verteidigern, die mir und meinem

Kollegen gegenüber saßen. Das ist nur mit einer guten Aktenkenntnis und der schon erwähnten guten Datenbank zu bewältigen. Wenn in der Hauptverhandlung die Frage entstand, an welcher Stelle ein bestimmtes Dokument in den Beweismittelordnern abgeheftet war, konnte ich diese Frage stets mithilfe meiner sorgsam gepflegten Datenbank rasch beantworten.

Der Prozess endete mit einer Teilverurteilung durch das Landgericht, die später vom BGH bestätigt wurde. Erst das Bundesverfassungsgericht hob die Verurteilung auf, weil es einen neuen Schadensbegriff als zuvor bei dem Tatvorwurf der Untreue bei unternehmerischen Entscheidungen entwickelt hatte.

Nachdem ich im **Jahre 2006** zur Oberstaatsanwältin befördert worden war, übernahm ich eine Abteilung für Wirtschaftsstrafsachen bei der Staatsanwaltschaft.

Die Zeit bei der Generalstaatsanwaltschaft

Einige Jahre später wurde ich dann Abteilungsleiterin bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin und wurde im **Jahre 2011** dort zur Leitenden Oberstaatsanwältin ernannt. Die Arbeit bei der Generalstaatsanwaltschaft war nicht zu vergleichen mit der Tätigkeit bei Staatsanwaltschaft. Die quirlige, mitunter auch leicht chaotische Arbeit bei der Staatsanwaltschaft steht im krassen Gegensatz zu der eher ruhigen, stets in festen Bahnen verlaufenden Arbeit in der Generalstaatsanwaltschaft. Hier dringt man – insbesondere in der rechtlichen Beurteilung von Sachverhalten - deutlich tiefer vor als bei der Staatsanwaltschaft, die dies aber angesichts der Vielzahl ihrer Fälle auch gar nicht in dem Umfang leisten kann.

Ich habe das Gebäude des Kammergerichts, in dem die Generalstaatsanwaltschaft untergebracht ist, immer sehr gemocht, so wie ich generell alte historische Dienstgebäude mag. Sie haben Charakter und sind nicht seelenlos, wie so mancher moderne Glaspalast. Darüber hinaus liegt das Kammergericht auch noch inmitten eines Parks mit wunderbaren alten Bäumen. Es war dort schon deutlich gediegener als die Staatsanwaltschaft in Berlin-Moabit. Der einzige Nachteil war, dass so ich weit entfernt war von der direkten Strafverfolgung.

Ausbildung von Referendaren und Prüfungstätigkeit beim Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg

Im Jahre **2005** begann ich auf Anraten eines älteren Kollegen mit einer Nebentätigkeit als Leiterin von Referendar-Arbeitsgemeinschaften. Ziel dieser Arbeitsgemeinschaften war es im Wesentlichen, die Referendare auf ihr zweites juristisches Staatsexamen vorzubereiten. Sie sollten lernen, praxisbezogene Klausuren zu schreiben und sog. Aktenvorträge im zweiten Staatsexamen zu halten. Auch diese Tätigkeit war zeitintensiv, insbesondere das Erstellen der Lehrmaterialien und das Korrigieren der vielen 5-stündigen Klausuren. Der Vorteil war jedoch, dass ich neben meiner Haupttätigkeit im Wirtschaftsstrafrecht fit blieb im sog. „Kernstrafrecht“, also dem allgemeinen Strafrecht und im Strafprozessrecht. Außerdem machte mir die Arbeit mit den angehenden jungen Juristinnen und Juristen viel Spaß. Meine Tätigkeit in der Refendarausbildung endete erst, als ich im **Jahre 2019** zur Senatsverwaltung für Finanzen wechselte.

Im **Jahre 2012** wurde ich erstmals zum Nebenamtlichen Mitglied des Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamtes der Länder Berlin und Brandenburg berufen. In den folgenden Jahren – mit einer ca. 2 -jährigen Unterbrechung- prüfte ich im mündlichen Examen in der 1. und 2. Staatsprüfung und korrigierte zahlreiche Examensklausuren. Ich bin auch heute noch eine der sog. „Vielprüferinnen“, die sich begeistert bei der Prüfungstätigkeit engagieren. Glücklicherweise bin ich auch noch ein weiblicher Prüfer; diese sind im „Prüfgeschäft“, insbesondere bei den mündlichen Prüfungen nämlich deutlich unterrepräsentiert.

Hausverwalter gesucht

Nachdem wir in unserer Wohnungseigentümergeinschaft in den vergangenen Jahren zweimal Pech hatten mit der Wahl der Hausverwaltung, entschloss ich mich, die Verwaltung selbst zu übernehmen. Es war nämlich sehr schwierig, eine Hausverwaltung zu finden, die bereit war, Arbeit in eine so kleine Wohnungseigentümergeinschaft zu stecken wie unsere. Das war wohl einfach nicht rentabel. Ich absolvierte also kurzerhand einen Fernlehrgang, um geprüfte Wohnungs- und Grundstücksverwalterin zu werden. Nach bestandener Prüfung stürzte ich mich **ab Anfang 2019** in die Verwaltungstätigkeit, die allerdings spätestens

mit meinem Einstieg als Staatssekretärin in die Senatsfinanzverwaltung, zeitlich eine echte Herausforderung war. Eine ordnungsgemäße Hausverwaltung machte doch mehr Arbeit, als ich mir vorher vorgestellt hatte. Nach drei Jahren war es dann an der Zeit, die Verwaltung wieder an einen externen Verwalter zu vergeben.

Die Zeit bei der Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin

Als mich der ehemalige Finanzsenator Berlins, Dr. Matthias Kollatz, im **August 2019** fragte, ob ich mir vorstellen könne, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin zu werden, war ich erst überrascht, habe dann aber mit voller Überzeugung zugesagt.

Es war für mich eine Rückkehr in die gut funktionierende Welt der Finanzverwaltung, nur dass ich diesmal nicht nur mit dem (mir vertrauten) Bereich der Steuern befasst war, sondern auch für die Bereiche Vermögen und Beteiligungen sowie den Zentralen Service des Hauses zuständig war. Das war eine wirklich Respekt einflößende Aufgabe. Mir haben jedoch die vielen motivierten und hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Finanzen den Einstieg in alle drei Arbeitsbereiche erheblich erleichtert. Großzügig sahen sie über meine – manchmal sicher schlichten Fragen- hinweg und erklärten mir alles geduldig. Zudem hatte ich mit Dr. Kollatz wieder einen Chef erwischt, der mit einer selbst denkenden, manchmal auch kritischen Staatssekretärin gut umgehen konnte.

Der Kontrast zur eher ruhigen Welt der Generalstaatsanwaltschaft hätte nicht größer sein können. Ich war nicht mehr Herrin über meinen Terminkalender, eilte von Termin zu Termin und beschäftigte mich mit äußerst unterschiedlichen Themen. Allein die Wahrnehmung der vielen Aufsichtsrats- bzw. Verwaltungsratsmandate, die ich kraft Amtes innehatte, waren eine echte Herausforderung. Aber auch hier hatte ich die hervorragende Vorbereitung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mir sehr geholfen hat.

Insbesondere der Bereich Vermögen und Beteiligungen war für mich neu. Hier lernte ich die Beteiligungen des Landes Berlin an den verschiedensten Unternehmen kennen. Da sich die Liegenschaften, die ich noch nicht kannte, im ersten Zugriff am besten dadurch erschlossen, dass ich sie mir vor Ort anschaute, bin ich an vielen Wochenenden oder Feiertagen mit meinem Mann – natürlich mit dem Fahrrad- durch

Berlin gefahren, um die Bauwerke bzw. Grundstücke zu besichtigen. Auf diese Weise lernte ich viele Ecken in Berlin kennen, die ich bis dahin nicht gesehen hatte – also eine sehr gewinnbringende Erfahrung.

Auch an den Dienstwagen mit Fahrer musste ich mich erst gewöhnen. Er entwickelte sich aber schnell zu einem rollenden Büro, in dem sich gut arbeiten ließ.

Angenehmer Nebeneffekt war, dass ich dadurch, dass ich gezwungen war, auch im Auto Akten zu lesen, zwangsläufig meinen Gleichgewichtssinn trainierte, so dass mir nicht mehr – wie früher- beim Lesen übel wurde. Ich muss aber gleich dazu anmerken, dass mein Fahrer, dem mein Übelkeitsproblem bekannt war, -vermutlich auch im Eigeninteresse- von beginn an mindestens so sanft fuhr wie der Butler Johann in der ARD-Serie „Graf Yoster gibt sich die Ehre“. Für die Älteren unter Ihnen dürfte dies noch ein Begriff sein, die Jüngeren können es ja „googlen“.

Auch als Staatssekretärin war es mir wichtig, nicht „über den Dingen zu schweben“, sondern ansprechbar für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sein und ihre Arbeit zu respektieren und zwar für jede oder jeden in der Aufgabe, die sie bzw. er erledigt. Meine Erfahrung aus den vielen Jahren Verwaltungserfahrung ist es, dass die meisten Menschen Interesse haben, gute Arbeit zu leisten, und dass sie sich am wohlsten fühlen, wenn sie fair und gerecht behandelt werden. Was im Eifer des Gefechts oft zu kurz kommt, ist das Lob. Für Kritik hingegen ist scheinbar immer Zeit. Jeder, der seine Arbeit gut macht, verdient unseren Respekt.

Darüber hinaus haben Vorgesetzte m.E. immer auch eine Vorbildfunktion und sollten sich stets regeltreu verhalten und auch andere dazu anhalten. Und je höher ein Vorgesetzter in der Hierarchie steigt, desto mehr sollte er darauf bedacht sein, die Vorbildfunktion auszufüllen. Leider ist es nach meiner Erfahrung mitunter genau andersherum. Je höher man steigt, desto mehr fühlt man sich von lästigen Regeln befreit. Desto tiefer ist allerdings auch der Fall, wenn man erwischt wird.

Als ich mich in die Staatssekretärs-Materie gut eingefunden hatte, kam die Wahl im Jahre 2021 und das Finanzressort ging an Bündnis 90/Die Grünen. Ich wurde in den

einstweiligen Ruhestand versetzt. Das war – wie ich für mich fand – schade. Aber so ist das politische Spiel.

Das Fahrrad

Als gebürtige Münsteranerin ist es selbstverständlich, dass das Fahrrad für mich ein natürliches Fortbewegungsmittel ist. Nur Insider wissen, dass alle Münsteraner – egal, ob männlich oder weiblich- schon mit einem Fahrrad am Allerwertesten geboren werden. So war es für mich eine große Umstellung, von der fahrradfreundlichsten Stadt Deutschland, die Münster zur Zeit unseres Umzuges nach Berlin noch war, auf Berliner Fahrradverhältnisse umstellen zu müssen. Zu dieser Zeit war Berlin noch nicht ansatzweise fahrradfreundlich. In den Jahren, in denen wir noch im Innenbereich Berlins wohnten, bin ich kein Fahrrad gefahren, weil es einfach keinen Spaß machte, durch die Innenstadt zu fahren.

Nachdem wir aber nach Hermsdorf umgezogen waren, erwachte meine Liebe zum Fahrrad wieder und ich kaufte – wie es sich für eine Münsteranerin gehört- ein klassisches Hollandrad. Sie waren zu dieser Zeit in Berlin allerdings noch nicht angesagt. Vermutlich waren sie „uncool“. Mit diesem Fahrrad fuhr ich häufig den Weg zur Staatsanwaltschaft nach Moabit und wieder zurück, immerhin pro Tag ca. 30 km. Die Fahrradfahrten, die nur zum Teil durch die Innenstadt führten, waren nicht nur für meine Fitness von Nutzen. Man konnte während der Fahrt auch wunderbar rechtliche Probleme überdenken, und nicht selten hatte ich am Ende der Fahrt eine Lösung gefunden. Als ich später bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin arbeitete, wurde die Fahrtstrecke noch einmal um ca. 4 km länger. So habe ich mich dann von meinem Hollandrad verabschiedet und fahre seitdem mit großer Begeisterung E-Bike.

Während meiner Zeit bei der Senatsfinanzverwaltung hat mich mein Mann häufig morgens zur Arbeit gebracht und abends wieder abgeholt. Damit keine Missverständnisse aufkommen: natürlich nicht mit dem Auto, sondern mit dem E-Bike. Für ihn waren es immerhin ca. 72 km pro Tag, für mich ca. 36 km. Als passionierte Fahrradfahrerin habe ich meinen Dienstwagen mit einer Anhängerkupplung ausstatten lassen. Darauf konnte ich unseren Fahrradträger

befestigen und so das E-Bike mit dem Dienstwagen transportieren, wenn eine Fahrt mit dem Rad gerade nicht möglich war. Übrigens war ich die einzige Staatssekretärin, die einen Fahrradträger auf ihrem Dienstwagen anbrachte. Mit diesem Konzept war ich umweltbewusster als so manches Parteimitglied der Grünen.

Auf meine Bitte hin, wurden zudem bei der Senatsfinanzverwaltung zahlreiche neue Fahrradstellplätze, teilweise mit Überdachung geschaffen; ebenso Ladestellen für E-Bikes. Auch für diese Initiative braucht man keine Grüne zu sein, es reicht schon die typische Münsteraner Passion für das Radfahren.

So viel zu meinem Werdegang.

Schlussfolgerung

Wenn man ihn aufmerksam verfolgt, kann meines Erachtens kein Zweifel daran bestehen, dass ich noch immer eine richtige Sozialdemokratin bin. Mir ist der Schutz der Arbeitnehmer wichtig, aber auch der der Wirtschaft, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit ihrer Wertschöpfung zusammen das wirtschaftliche Fundament für unseren Staat bilden. Innerhalb dieses Systems sind Gerechtigkeit und Solidarität, aber auch das Einhalten von Regeln wichtig. Ich glaube, dass ich durch meinen Werdegang bewiesen habe, dass ich mich diesen Zielen verpflichtet fühle und versuche, meinen Beitrag zu leisten. Ich bin in meiner Überzeugung „geerdet“ und lasse mich nicht durch die derzeit so beliebten, Angst erzeugenden und ständig wechselnden Narrative dazu verleiten, wie ein aufgeschrecktes Huhn von Problem zu Problem zu hüpfen. Hinter diesem „Problemhopping“ verbirgt sich ohnehin meist nur die Unfähigkeit, sich **einem** wirklich großen Problem zu stellen.

Ich habe die SPD-Parteiarbeit und auch die sonstige politische Arbeit auf vielen Ebenen intensiv kennengelernt, und mir sind die typischen Abläufe und Entscheidungsmuster in der Politik gut bekannt.

Vor diesem Hintergrund bin ich gut gerüstet für meinen politischen Podcast, der bei seiner Kritik auch bei der Partei, der ich selbst angehöre, nicht haltmachen wird.

Denn es gelten noch immer die Worte meines Ehemannes: „**Allzu große Gewissheit ist fast immer Selbstbetrug**“.

So viel für heute. Die nächste Episode wird sich mit dem Thema „**Der Leistungsgedanke in der Politik**“ beschäftigen.

Sie können die Episoden auch auf meiner website **vera-junker.com** nachlesen oder hören.

Wenn Ihnen mein Podcast gefällt, dann sagen Sie es weiter und abonnieren ihn. Gefällt er Ihnen nicht, schweigen Sie einfach höflich darüber.

Bis zur nächsten Episode, Ihre Vera Junker